

# Spitalfusion: Regierungen gehen in die Info-Offensive

Initiative für das Bruderholzspital macht Thomas Weber nervös

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Es ist eines der wichtigsten Geschäfte für die Region: Die geplante Spitalgruppe, die aus der Fusion von Kantonsspital Baselland (KSBL) und Universitätsspital Basel (USB) entstehen soll. Doch ein überparteiliches Baselbieter Komitee gefährdet die Pläne der Gesundheitsdirektoren Thomas Weber (SVP, Baselland) und Lukas Engelberger (CVP, Basel-Stadt). Die Initianten wollen das Bruderholzspital als erweiterten Grundversorger bewahren. Weber und Engelberger wollen hingegen auf dem Bruderholz eine Tagesklinik bauen und das Bruderholzspital abreißen.

Beim Kanton ärgert man sich, dass in der Öffentlichkeit nur über den Standort Bruderholz gesprochen wird. Die Spitalgruppe sei mehr als die Tagesklinik, heisst es bei den Behörden. Doch während man sich vorstellen kann, dass ein Klotz auf dem Bruderholz abgerissen wird, bleiben die anderen Massnahmen komplex, noch vage. Erst im Herbst 2016 gibt es mehr Details – das wären vor allem Zahlen. Das ist komplex. Man kann sich dies nicht bildhaft vorstellen. Die Behörden reden momentan ebenfalls wenig anschaulich von «Prozess».

## Neue Website aufgeschaltet

Die Initianten hingegen warnen vor Unterversorgung, überfüllter Basler Notfallstation, überfüllten Basler Spitälern, von zerstörten Ärztenetzwerken sowie vereinsamten alten Patienten. Diese Ängste bedrücken auch die Behörden: Sie ärgern sich über die Angstmacherei der Initianten, die ihrer Meinung nach unbegründet ist. Die Behörden sind nervös. Sie rechnen damit, dass die Initiative zustande kommt. Um dieser zu entgegnen und um die Menschen zu gewinnen, gehen nun beide Basel in die Offensive.

Vor Kurzem ging die Website [www.chance-gesundheit.ch](http://www.chance-gesundheit.ch) online. Beide Basel wollen gemeinsam über diese Plattform die Bevölkerung informieren. Auf Anfrage sagt Thomas



**Blick vom Bruderholz in die Stadt.** Auch online wollen die Regierungsräte über die Spitalgruppe informieren und die Fragen der Bevölkerung beantworten.

Webers Sprecher Rolf Wirz: «Wir haben bei den bisherigen Diskussionen festgestellt, dass wenig Hintergrundwissen vorhanden ist. Die Website soll diese Informationen bereitstellen.» Laufend würden Zwischenberichte oder relevante Medienbeiträge aufgeschaltet. Die Website ist schlicht gestaltet und hat gemäss Wirz keine 10000 Franken gekostet. Projektidee und Zeitplan sowie Hintergründe, weshalb das Projekt notwendig sei, sind aufgeschaltet. Interessierte können sich für den Newsletter anmelden.

Insbesondere für kritische und verunsicherte Bürger wurde die Rubrik «Häufige Fragen» eingerichtet. Dort haben beide Basel bereits einige Fragen und Antworten aufgeschaltet. Am Ende der Seite gibt es eine Maske, in die man weitere Fragen direkt an die Behörden schicken kann. «Fragen von allgemeinem Interesse, auch kritische, werden aufgeschaltet», sagt Wirz. Wirz betont, dass man bereits gegen Ende der Sommerferien beschlossen habe, eine eigene Website einzurichten.

«Das Web ist in der heutigen Zeit die optimale Form der Kommunikation», sagt er.

## Frag den Regierungsrat

Dennoch setzen auch die Behörden auf persönliche Kontakte. Sowohl Weber als auch Engelberger werden sich selber in den Kampf gegen die Initiative werfen. Gemäss Wirz sind bereits mehrere Anlässe geplant, bei denen sich die beiden Gesundheitsdirektoren der Bevölkerung stellen werden. Die erste Veranstaltung, die «Frag den Regierungsrat» heissen könnte, findet am 1. Dezember in Liestal statt. Bis jetzt sind drei Veranstaltungen geplant – zwei im Baselbiet und eine in Basel.

Weber und Engelberger haben Ende Juni bekannt gegeben, das ambulante Angebot des KSBL und des USB auf dem Bruderholz und das stationäre Angebot auf Liestal und Basel zu konzentrieren. Ziel ist es, die Gesundheitskosten zu dämpfen. Diese Pläne sorgen seit Monaten für Unsicherheit bei Spitalangestellten, Ärzten und Patienten.

# Die Primarklassen sind zu gross, die Zimmer zu klein

Dornachs Gemeinderat bewilligt zwei zusätzliche Klassen

Von Dina Sambar

**Dornach.** Die Primarschule Dornach steckt in einer Krisensituation. Darin sind sich besorgte Eltern sowie Lehr- und Förderlehrpersonen einig. Sie alle haben dem Gemeinderat, beziehungsweise der Schulleitung Briefe geschrieben, die alle grundsätzlich dieselben Probleme beklagen. Die Klassen sind zu gross, die Räume zu klein oder gar nicht vorhanden. «Bei einem Unterrichtsbesuch sass mein Sohn mit einem Gehörschutz in der Klasse, damit er sich überhaupt konzentrieren konnte. Die Klasse ist zu gross und es hat auch integrierte hyperaktive Kinder, die auf den Tischen herumturnen», sagt Mutter Sabina Richli. Ihr Sohn habe sich von ihr einen eigenen Gehörschutz gewünscht, da es in der Klasse nur vier davon gebe und die immer sofort vergriffen seien.

Auch die Klassenlehrpersonen schreiben, dass sie mit den aktuellen Schülerzahlen an die Grenzen der Belastbarkeit und Machbarkeit von gutem Unterricht stossen. Und die Heilpädagoginnen und Koordinatorinnen der Speziellen Förderung beschreiben eine Entwicklung, welche eine gelingende Integration von Kindern mit speziellem und sonderpädagogischem Bedarf zusehends verunmögliche. Die zunehmende Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund stelle eine weitere Herausforderung dar.

## Zusätzliche Klassen gefordert

An der öffentlichen Gemeinderatsitzung am Montagabend kam es deshalb zu der aussergewöhnlichen Situation, dass das Gemeinderatszimmer brechend voll war. Sogar die zusätzlich bereitgestellten Stühle reichten für die erschienenen Eltern und Lehrpersonen nicht aus. Mitdiskutieren durften sie nicht, doch ihre Sorgen wurden in der Sitzung von der Schulleitung und der Fachkommission Schule mit Zahlen untermauert.

Die Klassen sind in Dornach im Durchschnitt zu gross. Besonders betroffen sind die zwei ersten, zweiten und vierten Klassen, die alle zwischen 25 und 27 Schüler zählen. In all diesen Klassen gibt es mehrere Kinder mit speziellem Förderbedarf, sei es heilpädago-

gische Betreuung, Logopädie, Deutsch als Fremdsprache oder Fremdsprache für Zugezogene. Integriert sind auch zwei Kinder mit sonderpädagogischen Massnahmen.

In einem Antrag an den Gemeinderat fordert die Schulleitung deshalb, dass für das kommende Schuljahr zwei zusätzliche Klassen vorgesehen werden – eine fünfte Klasse und eine gemischte Zweijahrgangsklasse für die zukünftigen Zweit- und Drittklässler. Auf dem Areal des Schulhauses Brühl sollen als kurzfristige Lösung für das Raumproblem zwei Container aufgestellt werden. Sieben zusätzliche flexible Poollektionen für spezielle Förderung sollen für weitere Entlastung sorgen.

## Flächenbrand

Gemeinderat Roland Stadler nannte die Situation der Schule einen Flächenbrand. Von der Schulleitung wollte er wissen, wie das Ganze derart ausarten konnte. Laut Rektorin Marie-Thérèse do Norte hat sich die aktuelle Situation erst bei den Übertritten aus dem Kindergarten abgezeichnet: «Wir hatten einige Kinder aus Privatschulen. Zudem sind in der letzten Ferienwoche vor Schulbeginn neun Kinder zugezogen.» Als kurzfristige Lösung habe die Schulleitung beim Kanton Assistenzlektionen beantragt und diese auch erhalten. Doch diese würden das Problem auch nicht restlos lösen.

Alain Amhof warf die Frage auf, ob es nicht fast schon eine Bankrotterklärung der integrierten Schule sei, wenn trotz so viel bereitgestellter Infrastruktur und finanziellen Mitteln die Qualität des Unterrichts nicht gewährleistet werden könne.

Trotz diesem Votum schloss sich der Gemeinderat der Meinung der Eltern, Lehrer und Schulleitung an. Die Anträge wurden, trotz nicht zu vernachlässigenden Mehrkosten für das Budget, angenommen – fast alle sogar einstimmig. Sabina Richli ist positiv überrascht von diesem Resultat: «Das Problem mit den Klassen besteht seit der Abschaffung der Einführungs- und Kleinklassen. Ich habe fünf Kinder und schon fünf Mal einen solchen Brief unterschrieben. Bis jetzt gab es nie ein Feedback.» Nun hoffe sie, dass den Worten auch zeitnah Taten folgen.

## Moment mal

# Suche nach Aufmerksamkeit

Er ist so etwas wie der erhobene Zeigefinger in der Welt der Medien: Roger Blum, Historiker, Journalist und Medienwissenschaftler. An einem Vortrag bei der CVP in Arlesheim geisselte er wie zu erwarten die Emotionsmedien, die Boulevardmedien, «die mit fetten Buchstaben und 48-Punkt-Grösse» Schlagzeilen werfen und um Aufmerksamkeit buhlen. Sie helfen und nützen der politischen Rechten, erklärte er. Die Schlagzeile, mit der Blum beim CVP-Publikum die Aufmerksamkeit suchte, lautete: «Drohen, Drängeln, Dreckeln» und war auch mit grossen, fetten Buchstaben geschrieben. wah

ANZEIGE



**Wir Arbeitgeber setzen uns für einen besseren Arbeitnehmerschutz ein.**

**Deshalb:**

**Initiative Beschaffungsgesetz**

**ja**

www.initiative-beschaffungsgesetz.ch

# Keine Volksabstimmung über die Zukunft des Binninger Schlosses

Einwohnerrat will Bevölkerung mehr Fakten liefern können

Von Rolf Zenklusen

**Binningen.** Zweieinhalb Jahre hat eine Spezialkommission (Spezko) des Binninger Einwohnerrats Lösungen für die Zukunft des Schlosses gesucht. Kürzlich schlug die Kommission unter dem Präsidium von Simone Abt (SP) vor, mit einer Volksabstimmung zu klären, ob das Schloss im Eigentum der Gemeinde bleiben soll (die BaZ berichtete). Dagegen stemmte sich nun aber eine Mehrheit des Einwohnerrats: Mit 23 zu 12 Stimmen hat das Parlament am Montag eine Volksabstimmung über die Zukunft des Schlosses klar abgelehnt.

Das war ganz im Sinne von Pascal Treuthardt (FDP). Er erklärte, das Volk müsse vorher wissen, wer die neue Trägerschaft sei. Falls das Stimmvolk Ja sage zu einem Verkauf des Schlosses, müsste es einem Käufer aufgedrängt werden, was kaum sinnvoll sei. «Wer zahlt, befiehlt», verkündete Beatrix Bürgin die Meinung der SVP-Fraktion. Die Bevölkerung müsse ins Boot geholt werden – aber erst, wenn eine neue Trägerschaft gefunden sei.

Severin Brenneisen (SP) erklärte, nach all den Investitionen ins Schloss wäre es wohl schwierig, die Nutzung zu ändern. Sicher müsste dem Volk auch aufgezeigt werden, ob das Schloss künftig noch öffentlich nutzbar sei. «Diese Fragen sollten wir zuerst in diesem Saal klären», sagte Brenneisen.

Auch in der Fraktion Grüne/EVP sei eine Mehrheit gegen eine Volksabstimmung, unterstrich Beatrice Büschlen. Der Gemeinderat brauche noch mehr Zeit, um eine neue Trägerschaft zu suchen. Thomas Hafner (CVP) hinge-

gen plädierte klar für die Volksabstimmung. «Wie stellt sich die Binninger Bevölkerung zum Schloss?», sollte gemäss Hafner die Hauptfrage lauten. Vielleicht sei der Steuerzahler bereit, das Schloss, das seit 1960 im Besitz der Gemeinde ist, zu behalten und für dessen Unterhalt aufzukommen. Erst wenn das beantwortet sei, könne man über das weitere Vorgehen befinden. Auch SP-Einwohner Philippe Spitz (SP) sprach sich für die Volksabstimmung aus. Man dürfe keine Zeit verlieren, in den nächsten zehn Jahren müssten so oder so 6,2 Millionen Franken in den Unterhalt gesteckt werden.

## Vorerst kein Unterhalt nötig

Gemeindepräsident Mike Keller (FDP) war froh, keine Volksabstimmung durchführen zu müssen. Die neueste Analyse zeige, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren keine dringenden Arbeiten nötig seien: «Der Zustand hat sich nicht verschlechtert.»

Nach rund einem Jahr mit spannenden Gesprächen wisse er, «dass es nicht einfach ist, ein Schloss an den Mann zu bringen», sagte der Gemeindepräsident. Einige Leute seien am Erhalt des Schlosses interessiert und bereit, sich finanziell zu beteiligen – konkret zugesagt habe aber noch niemand. Der Gemeinderat sei bereit, die Gespräche fortzuführen: «Es lohnt sich, wenn wir uns noch etwas Zeit geben», sagte Keller.

Trotzdem wollten einige Einwohner räte Druck aufsetzen: Sie verlangten vom Gemeinderat ein verbindliches Datum für das weitere Vorgehen. «Ein genaues Datum kann ich nicht nennen», erklärte Keller.

# Einwohnerrat stutzt eigene Kompetenz

Volk soll Millionenkredite für Schulbauten sprechen

Von Julian Eicke

**Pratteln.** Ungewohnt kurz verlief die Einwohnerratssitzung am Montag. Dies lag nicht zuletzt auch an einer unüblichen Einigkeit, die im Rat herrschte. Die wichtigsten Abstimmungen des Abends betrafen zwei Baukredite: 3,26 Millionen Franken und 4,6 Millionen für Sanierung und Umbau von Schlossschulhaus und Burggartenschulhaus. Die Bau- und Planungskommission (BPK) unter Präsident Gert Ruder (SP) empfahl, die Kredite zu genehmigen. Die Beschlüsse des Einwohnerrats über die Baukredite sollten jedoch beide dem Referendum unterstellt werden, womit das Volk das letzte Wort hätte.

Da der Einwohnerrat Beträge bis zu einer Höhe von vier Millionen Franken beschliessen kann, wäre ein Referendum im Falle des Schlossschulhauses nicht obligatorisch gewesen. Der BPK-Präsident befürwortete dieses Vorgehen dennoch: «Wir möchten das Schlossschulhaus dem Souverän ebenfalls zur Abstimmung überlassen, da die BPK beide Gebäude als gleichwertig erachtet.» Diese Haltung sei jedoch keineswegs als Salamiakt zu werten und erfolge auch nicht aus Angst vor der kürzlich erfolgten Kompetenzerweiterung des Einwohnerrats.

Gemeinderat Max Hippenmeyer (FDP) leuchtete diese Argumentation nicht ein: «Der Einwohnerrat hat seine finanziellen Entscheidungskompetenzen selber auf vier Millionen Franken erhöht. Warum soll man diese dann bei

der ersten Gelegenheit wieder beschneiden?» Schützenhilfe erhielt Ruder für einmal vonseiten der SVP: Da Bauprojekte am Ende jedoch ohnehin immer teurer würden als veranschlagt, wolle die SVP-Fraktion den Beschluss dem Volk vorlegen, damit dem Einwohnerrat im Fall einer Überschreitung der vier Millionen kein Vorwurf gemacht werden könne.

Die Fraktion FDP-Mitte stand zwar hinter der Vorlage, zeigte sich bezüglich des Referendums jedoch unentschlossen und erteilte Stimmfreigabe. Auch die SP-Fraktion erkannte in der Sanierung der Schulhäuser ein Bedürfnis, sprach sich jedoch für ein Referendum aus – Genauso wie die Unabhängigen und Grünen.

Bevor es zur Abstimmung kam, liess sich auch Gemeinderat Rolf Wehrli von der ungewohnt harmonischen Stimmung im Saal anstecken und bekundete seine Freude darüber, dass wohl «zwei einstimmige Entscheide für ganz wichtige Projekte in Pratteln» folgen würden. Weiter räumte er mit Bedenken darüber auf, die Kosten für die Bauvorhaben könnten weit über die beschlossenen Beträge hinausschiessen: «Wir arbeiten in der Kommission mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus zehn Prozent. Der Baukredit sollte also nicht überschritten werden.»

Wie nicht anders zu erwarten, wurden beide Baukredite dann mit grosser Mehrheit genehmigt, ausserdem wurde beschlossen, auch den Baukredit des Schlossschulhauses dem Referendum zu unterstellen.